

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung einer nachhaltigen
Mobilität im Saarland Teil- Flexible Bedienformen im ÖPNV**

AN NMOB- On Demand

(als PDF-Datei oder in schriftlicher Form einreichen)

1. Allgemeines

Ich/Wir beantrage(n) die Gewährung einer Zuwendung aus Landesmitteln.

2. Antragsteller

- Aufgabenträger des ÖPNV gemäß § 5 des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr im Saarland (ÖPNVG) mit Ausnahme des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) im Sinne von § 5 Absatz 1 ÖPNVG vom 30. November 2016 in der jeweils geltenden Fassung

Name des Vorhabenträgers:		
PLZ:	Ort:	Straße:
Ansprechpartnerin / Ansprechpartner		
Telefon:	Fax:	
E-Mail:		
Bezeichnung des Kreditinstituts:		
IBAN:		

3. Gegenstand der beantragten Förderung

- Pilotprojekt zur Einführung von Linienbedarfsverkehren im saarländischen ÖPNV

4. Beschreibung und Begründung des unter Ziffer 3 bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Maßnahmen sowie die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag gesondert erläuternd darzustellen, um den Sachverhalt möglichst ohne zeitverzögernde Rückfragen beurteilen zu können. Der Projektbeschreibung muss entnommen werden können, inwiefern das neue Mobilitätsangebot zu den Zielen in Ziffer 1 und Ziffer 3 dieser Richtlinie beiträgt, eng mit dem Linienverkehr im ÖPNV abgestimmt ist und zu einer Verbesserung der Angebotsqualität im ÖPNV führt.

5. Beantragte Förderung

Hiermit wird folgende Zuwendung beantragt:

Höhe der Zuwendung (€): _____

6. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Der vorzeitige Maßnahmenbeginn wird hiermit beantragt.

Begründung:

Beabsichtiger Beginn (Beginn der Maßnahme ist die Vergabe des Auftrages):

T	T	M	M	J	J

Beendigung:

T	T	M	M	J	J

Falls Maßnahmen in mehreren Jahren durchgeführt werden

Aufteilung der Maßnahmen	
Jahr:	Betrag (€):

7. Finanzierung

Vorgesehene Gesamtkosten der Maßnahme:	_____EUR
davon:	
a) Leistungen Dritter, ohne öffentliche Förderung	_____EUR
b) Beantragte / Bewilligte öffentliche Förderung außerhalb der RL-NMOB Wenn ja, wo beantragt:	_____EUR _____
c) Eigenanteil	_____EUR
d) Beantragte Förderung (aus Ziffer 5)	_____EUR

Eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG liegt vor (Zutreffendes ankreuzen):

ja nein

8. Erklärungen

Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt,

- a) dass die Fördermittel ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwandt werden.
- b) dass die Finanzierung der unter Ziffer 7 aufgeführten mit dem Vorhaben verbundenen Kosten gesichert ist.
- c) dass mit dem Vorhaben nicht vor Antragstellung begonnen wurde oder vor der evtl. Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginnes begonnen wird.
- d) dass bekannt ist, dass von den Angaben in diesem Antrag die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängen. Falsche Angaben sind damit subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches. Unrichtige Angaben können als Subventionsbetrug bestraft werden. Dies gilt auch für im Rahmen des Verwendungsnachweises vorzulegende Rechnungen und Verträge sowie die Verletzung von Mitteilungspflichten. Die Antragstellerin oder der Antragsteller versichert daher, alle Angaben vollständig und wahrheitsgetreu gemacht zu haben.
- e) dass bekannt ist, dass für die Bewilligung und das Bewilligungsverfahren die VV zu § 44 LHO einschl. Anlagen gelten und diese anerkannt werden.
- f) dass sie / er damit einverstanden ist, dass die Landesregierung den Ausschüssen des Parlaments Namen sowie Höhe und Zweck der ihr / ihm gewährten Zuwendung in vertraulicher Weise bekannt gibt.
- g) dass bekannt ist, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde im Saarland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Förderung verwendet werden.
- h) Die Einhaltung möglicher beihilferechtlichen Anforderungen ist durch den Antragsteller unaufgefordert schriftlich nachzuweisen. Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf Dokumentationsanfordernisse.

9. Dem Antrag sind beizufügen (als pdf-Datei oder schriftlich per Post):

- a) Aussagekräftige Projektbeschreibung mit klarem Bezug zum Förderzweck nach Ziffer 1 und Zielen nach Ziffer 3 dieser Richtlinie
- b) Kosten- und Finanzierungsplan
- c) Angaben zur Gesamtfinanzierung
- d) Erklärung über die Vereinbarkeit des Vorhabens mit Vorgaben des Nahverkehrsplans bzw. sofern noch keine Vorgaben bestehen Angabe zur geplanten Aktualisierung des Nahverkehrsplans in Hinblick auf Linienbedarfsverkehre
- e) Angaben zum geplanten Vergabeverfahren für die Linienbedarfsverkehre
- f) Dokumentation über Abstimmung mit bestehenden Mobilitätsanbietern vor Ort
- g) Darstellung der Projektpartner
- h) Angaben zur Barrierefreiheit
- i) Angaben zum Planungsstand in Bezug auf die Beschaffung der Distributionsoftware und deren Integrierbarkeit in die Saarfahrplan-App
- j) Darstellung der Potenziale auf Grundlage einer Mobilitätsanalyse oder einer vergleichbaren Bedarfsprognose
- k) Erklärung über Vorsteuerabzugsberechtigung (soweit erforderlich),
- l) Gemäß Nr. 3.4 VV-P-GK sind Anträge ab einer beantragten bzw. zu gewährenden Zuwendung über 50.000 EUR von der Kommunalaufsichtsbehörde zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist als Stellungnahme dem Antrag beizufügen. Bei Fortführungsmaßnahmen kann auf frühere Unterlagen (frühere Anträge, Zuwendungsbescheide) verwiesen werden.
- m) Stellungnahmen des zuständigen Behindertenbeauftragten, der Behindertenbeiräte oder des entsprechenden Verbands im Sinne des § 15 Abs. 3 BGG.

Die Bewilligungsbehörde kann ggf. weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.

Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort, Datum

Unterschrift